



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Ehinger

Telefon: (0221) 0221/221-29580

Fax: (0221) 0221/221-29166

E-Mail: Simone.Ehinger@STADT-
KOELN.DE

Datum: 03.07.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 19.06.2017, 15:00 Uhr bis 17:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	TSD
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Mehmet Akif Ayata	Mevlana
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Barbara Brunelli	GOL
Frau Vilma Ecken	LiL
Herr Ali Esen	LB
Herr Eugen Litvinov	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Turan Özküçük	TSD
Herr Ibrahim Toure	LiL
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE

Frau Katja Hoyer FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Saskia Dieke	Arbeitgeberverband Kölnmetall
Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Prölb	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Frau Susanne Rabe-Rahman	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Igor Dementyev	Einheit	Vertretung für Frau Stella Shcherbatova
Herr Alexander Josic		Vertretung für Herrn Nebil Bayrakcioglu
Herr Andreas Pöttgen	SPD	Vertretung für Frau Susana dos Santos-Herrmann
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	Vertretung für Frau Güldane Tokyürek

Verwaltung

Frau Ursula Adams	Amt für Wohnungswesen (56)
Herr Dr. Lothar Becker	Ausländerbehörde (323)
Frau Simone Ehinger	Geschäftsstelle Integrationsrat - Sitzungsdienst (5001/1)
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dezernat V Soziales, Integration und Umwelt
Frau Nina Rehberg	Diversity (5001)
Herr Andreas Vetter	Verwaltung - Geschäftsführung Integrationsrat (5001/1)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ebru Coban	KL	
Frau Jaklin Chatschadorian	CI	
Herr Nebil Bayrakcioglu	GKVvertretung durch Herrn Alexander Josic	
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN	
Herr Ahmad El Masri	BIG	
Frau Stella Shcherbatova	Einheit	Vertretung durch Herrn Dr. Igor Dementyev
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	Vertretung durch Herrn Andreas Pöttgen
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	Vertretung durch Frau Gisela Stahlhofen

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertretung
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

Verwaltung

Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)
--------------------------------	--

Der Vorsitzende Herr Keltek eröffnet die Sitzung.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau stellt fest, dass es in Köln viele Zeichen für „eine Stadtgesellschaft“ gebe wie z. B. den Kölner Friedensmarsch („Nicht mit uns“) vom 17.06.2017 (initiiert von Lamya Kaddor und Tarek Mohamad) oder den „Tag des guten Lebens“ in Köln-Deutz am 18.06.2017.

Er betont, dass er und der Vorsitzende Herr Keltek einig darüber seien, dass der Integrationsrat dafür eintrete, dass diese „eine Stadtgesellschaft“ gefördert und gestärkt werden müsse. Sie lade jedoch nicht nur ein, die sich dieser Gesellschaft zugehörig Fühlenden müssten auch ihren Anteil beitragen. Die Herkunft des Einzelnen solle hierbei keine Rolle spielen.

RM Frau Heuser nimmt Bezug auf das Interview zwischen des Vorsitzenden Herrn Keltek im Kölner Stadtanzeiger vom 16.06.2017, in welchem er sich in seiner Funktion als Landesintegrationsratsvorsitzender vom geplanten Friedensmarsch distanziert hat. Sie äußert ihr Bedauern über diese Veröffentlichung und gibt zu bedenken, dass diese so verstanden werden könne, dass sich auch der Kölner Integrationsrat ähnlich hierzu verhalte. Inhaltlich sei sie gegenteiliger Meinung. Sie fragt nach, ob die getroffenen Aussagen als Vorsitzender des Kölner bzw. Landesintegrationsrates erfolgten oder ob sie als persönliche Meinung von Herr Keltek veröffentlicht wurden.

Der Vorsitzende Herr Keltek teilt mit, dass der Kölner Stadtanzeiger in diesem Interview nach seiner persönlichen Meinung gefragt habe. In der Koordinierungsrunde habe er im Anschluss an das Interview festgestellt, dass diese Meinung nicht von der Mehrheit der Mitglieder geteilt wurde. Er habe sich darüber hinaus mit Mitgliedern des Landesintegrationsrates abgestimmt, dass die von ihm vertretene Meinung von vielen hier lebenden Muslimen geteilt werde. Darüber hinaus habe er gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger nochmals klargestellt, dass es sich bei den getroffenen Aussagen um seine persönliche Meinung handele.

RM Frau Hoyer äußert ebenfalls ihre Bedenken darüber, dass die Leser verstanden haben könnten, dass es sich um eine persönliche Meinung gehandelt haben könne. Herr Keltek werde von der Öffentlichkeit, auch ohne dies ausdrücklich zu betonen, als Vorsitzender des Kölner bzw. des Landesintegrationsrates wahrgenommen.

IRM Herr Özkücük teilt mit, dass er es als pauschale Beschuldigung empfinde, wenn sich Muslime von Terror o. ä. distanzieren sollten.

IRM Frau Guirano äußert ihr Bedauern über die nun aufgetreten Spaltung der Gesellschaft. Die Nicht-Teilnahme an Demonstrationen bedeute nicht, dass sich gruppenzugehörige Personen nicht dennoch von in diesem Fall Terror distanzieren.

RM Herr Joisten äußert sich positiv über den Ansatz bzw. das mit dem Friedensmarsch gesetzte Zeichen, unabhängig von der Organisation oder des Zeitpunktes der Veranstaltung. Seiner Ansicht nach sollte mit dieser Veranstaltung nicht eine Rechtfertigung erfolgen, sondern Haltung gezeigt werden, wie Muslime zu terroristischen Er-

eignissen bzw. entsprechenden Einstellungen stehen. Um den Eindruck der Öffentlichkeit nicht zu untermauern, das Zeigen einer anderslautenden Haltung sei nicht notwendig, müssten Organisatoren entsprechender Aufrufe sorgfältiger planen und der Integrationsrat müsse sich bei Veröffentlichungen im Vorfeld abstimmen, um ein einhelliges Meinungsbild wiederzugeben.

Der Vorsitzende Herr Keltek erklärt nochmals, dass er gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger deutlich gemacht habe, dass seine Äußerungen nicht für den gesamten Integrationsrat zu verstehen seien. Aus diesem Grunde habe er den Kontakt zu Ahmet Edis vermittelt, der mit seiner gegensätzlichen Meinung darstellen sollte, dass viele Muslime unterschiedlicher Meinung hinsichtlich entsprechender Demonstrationen seien. Darüber hinaus teile er die Meinung von Herrn Özkücük, dass es auf die Formulierung bei der Gewinnung von Teilnehmer*innen für Demonstrationen ankomme. Selbstverständlich sei auch er gegen jede Art von Terrorismus.

IRM Herr Josic fasst nochmals zusammen, dass die Kritik einiger Mitglieder des Integrationsrates vor allem der Unklarheit beruhen, ob die von Herrn Keltek getroffenen Aussagen seine persönliche Meinung wiedergeben oder er für den Integrationsrat spricht. Er bittet darum, dies bei künftigen Interviewanfragen deutlicher zu machen bzw. vorab ein Meinungsbild des Gremiums abzufragen.

Der Vorsitzende Herr Keltek äußert nochmals sein Bedauern über entstandene Irritationen.

IRM Herr Esen teilt mit, dass auch er sich als Muslim pauschal als Beschuldigter fühle. Die Medien verstärkten diesen Eindruck der Mehrheitsgesellschaft noch.

IRM Herr Vallecoccia spricht sich dafür aus, zukünftig anders mit Interviewanfragen umzugehen, evtl. unterstützt durch das Presseamt.

Der Vorsitzende Herr Keltek schließt die Diskussion ab und stellt fest, dass das neue Integrationsratsmitglied Herr El Masri nicht anwesend ist.

Weiter teilt er mit, dass die Verwaltung, Frau Kremer-Buttkereit, urlaubsbedingt abwesend ist.

Die Verwaltung Herr Vetter teilt mit, dass die direkt gewählten Mitglieder am 01.06.2017 per E-Mail darüber informiert wurden, dass die Tablets abgeholt werden könnten und man sich zu Schulungsterminen für die Mandatos-App anmelden könne. Er bittet bei Problemen um Kontaktaufnahme.

Der Vorsitzende Herr Keltek verliest die Tagesordnungspunkte, die nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen wurden:

- 3.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Özkücük
- 3.4 Beantwortung der Anfrage des Integrationsrates vom 09.01.2017
- 3.5 Beantwortung einer mdl. Anfrage zum 14. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
- 3.6 Beantwortung einer mdl. Anfrage von Frau RM Heuser zu "Stadtteilmütter"
- 4.1 Anfrage zu Ressourcen für KiTas im Bereich mehrsprachige Förderung
- 5.5 Mitteilung BAMF zu Gast bei der VHS Köln
- 5.6 Gewaltschutzkonzept für Kölner Flüchtlingsunterkünfte
- 5.7 Mitteilung zur Umbenennung eines Teilstücks der Wiesdorfer Straße in Ali-Kurt-Weg - Beschluss der BV Mülheim
- 5.8 Mitteilung zu Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation
Die zugehörige Broschüre liegt noch nicht vor. Die Vorlage wird zurückgestellt.
- 5.9 Mitteilung zu KOMM-AN NRW - Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen – Sachstandsbericht 2017
- 5.10 Mitteilung: 2. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge
- 5.11 Mitteilung: 15. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen (1893/2017)
- 8.2 Beschlussvorlage: Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete
- 8.3 Mitteilung Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum
Dieser TOP wurde versehentlich falsch zugeordnet und muss unter Mitteilungen als **TOP 5.12** behandelt werden.
- 8.4 Beschlussvorlage Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017
- 8.5 Beschlussvorlage zu Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training

RM Herr Joisten regt an, dass zur sorgfältigen Vorbereitung der Sitzung zukünftig weniger Tagesordnungspunkte nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen werden sollten.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die nachträglich aufgenommene Tagesordnungspunkte abstimmen. Die Ergänzungen der Tagesordnung werden einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Beantwortung einer mdl. Anfrage: Aktuelle Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche (4370/2016)
1453/2017
 - 3.2 Beantwortung einer mdl. Anfrage: Bericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln/Herr Zitzmann
1313/2017
 - 3.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Özküçük in der Sitzung des Integrationsrates vom 25.04.2017
1668/2017
 - 3.4 Beantwortung der Anfrage des Integrationsrates vom 09.01.2017 -
AN/0029/2017
1553/2017
 - 3.5 Beantwortung einer mdl. Anfrage: Mdl. Nachfrage zum 14. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen 1223/2017
1878/2017
 - 3.6 Beantwortung einer mdl. Anfrage: Nachfrage Frau RM Heuser zur Zuschussvorlage "Stadtteilmütter" DS-Nr. 0902/2017 in der Sitzung vom 25.04.2017
1736/2017
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 4.1 Anfrage zu Ressourcen für KiTas im Bereich mehrsprachige Förderung - Vorlage 4357/2016
AN/0914/2017
- 5 Mitteilungen**
 - 5.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen von CDU und Die Grünen vom 22.02.2017 zu "Präventive Hausbesuche stärken" (AN/0286/2017)
0733/2017

- 5.2 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Meschenich und Rondorf
1420/2017
- 5.3 VHS Köln als Beratungsstelle für Fachberatung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen zugelassen
1363/2017
- 5.4 Darstellung der Sparten
hier: Popkultur
1242/2017
- 5.5 BAMF zu Gast bei der VHS Köln
1643/2017
- 5.6 Gewaltschutzkonzept für Kölner Flüchtlingsunterkünfte - AN/0728/2017
1707/2017
- 5.7 Umbenennung eines Teilstücks der Wiesdorfer Straße in Ali-Kurt-Weg - Beschluss der BV Mülheim
1818/2017
- 5.8 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation
1853/2017
- 5.9 KOMM-AN NRW
Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen und zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe – Sachstandsbericht 2017
1862/2017
- 5.10 2. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1869/2017
- 5.11 15. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
1893/2017

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Jugendhilfeangebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer- Flüchtlingsfamilien im Haushaltsjahr 2017
0233/2017

8.2 Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete - Genehmigung und Baubeschluss
0567/2017

8.3 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum "Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße"
1534/2017

8.4 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017
0544/2017/1

8.5 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
1766/2017

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 **Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 **Beantwortung einer mdl. Anfrage: Aktuelle Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche (4370/2016) 1453/2017**

IRM Herr Vallecoccia äußert sein Bedauern darüber, dass keine Statistiken darüber geführt werden, wie sich die Beschulung für neu zugewanderte Kinder nach Besuch der Vorbereitungsklassen fortsetze.

RM Herr Joisten regt an, diesbezüglich eine Anfrage an die Bezirksregierung Köln zu stellen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 3.2 **Beantwortung einer mdl. Anfrage: Bericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln/Herr Zitzmann 1313/2017**

Herr Prölß macht hinsichtlich der EU-Aufnahmerichtlinie darauf aufmerksam, dass EU-Richtlinien unmittelbar gelten, wenn sie nicht in nationales Recht umgesetzt werden, d. h. Betroffene könnten sich auf die EU-Aufnahmerichtlinie berufen und entsprechende Rechtsmittel einlegen.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau stimmt dem zu.

RM Herr Yurtsever erinnert an die von ihm in der Sitzung vom 20.03.2017 unter TOP 10 mdl. Anfragen gestellten vier Fragen und bittet um Beantwortung.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 3.3 **Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Özküçük in der Sitzung des Integrationsrates vom 25.04.2017 1668/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung der Anfrage des Integrationsrates vom 09.01.2017 - AN/0029/2017 1553/2017

IRM Frau Maliki bedankt sich für die Beantwortung und kündigt an, dass diese im Arbeitskreis besprochen werde.

IRM Herr Edis fragt nach, wie viele Pflegeplätze es bei den SBK im Bereich der kultursensiblen Pflege gebe. Weiter möchte er wissen, was genau die Einrichtungen unter kultursensibler Pflege verstehen. Werden entsprechende Gerichte (koscher/halal) angeboten? Gibt es theologische Angebote bzw. die Möglichkeit, Gebete zu verrichten?

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.5 Beantwortung einer mdl. Anfrage: Mdl. Nachfrage zum 14. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen 1223/2017 1878/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.6 Beantwortung einer mdl. Anfrage: Nachfrage Frau RM Heuser zur Zuschussvorlage "Stadtteilmütter" DS-Nr. 0902/2017 in der Sitzung vom 25.04.2017 1736/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Anfrage zu Ressourcen für KiTas im Bereich mehrsprachige Förderung - Vorlage 4357/2016 AN/0914/2017

IRM Herr Vallecoccia teilt mit, dass die in der Sitzung vom 20.03.2017 gestellten Fragen noch nicht beantwortet seien. Aus diesem Grunde seien diese erneut in der vorliegenden Anfrage formuliert worden.

Der Vorsitzende Herr Keltek informiert darüber, dass der Leiter der zuständigen Abteilung zugesagt habe, die Fragen auf dem Treffen des Arbeitskreises am 22.06.2017 persönlich zu beantworten.

5 Mitteilungen

5.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen von CDU und Die Grünen vom 22.02.2017 zu "Präventive Hausbesuche stärken" (AN/0286/2017) 0733/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.2 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Meschenich und Rondorf
1420/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.3 VHS Köln als Beratungsstelle für Fachberatung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen zugelassen
1363/2017**

IRM Herr Litvinov erkundigt sich, wie weit die Befugnisse der VHS im Rahmen der Anerkennungsberatung reichen.

IRM Herr Özkücük möchte wissen, ob es in Köln neben der VHS weitere Beratungsstellen hinsichtlich der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse gibt.

Frau Hovi teilt mit, dass sie die Frage als Migrationsbeauftragte der Agentur für Arbeit gerne beantworte. Die Agentur für Arbeit arbeite mit dem IQ-Netzwerk zusammen, die eine mobile Anerkennungsberatung in NRW durchführe. An zwei Tagen im Monat sei das IQ-Netzwerk in der Agentur für Arbeit vor Ort. Regelmäßig fänden auch Beratungen im Jobcenter statt. Auch von der Industrie- und Handelskammer zu Köln, der Handwerkskammer zu Köln sowie von den BBE-Fachstellen (Beratung zur beruflichen Entwicklung) werde Anerkennungsberatung angeboten, z. B. in der Lernenden Region in Köln-Mülheim.

Der Ablauf der Beratung verhalte sich wie folgt: Zunächst suchten die Berater die zuständige Stelle heraus, die für die Anerkennung dieses speziellen Berufes zuständig ist und unterstützen bei der Kontaktaufnahme bzw. der Antragstellung sowie der Kostenübernahme/-erstattung oder ggf. der Übersetzung.

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet um Übermittlung einer Aufstellung der Kölner Beratungsstellen.

IRM Herr Vallecoccia regt an, die VHS aufzufordern, mit den bestehenden Strukturen in Köln zusammen zu arbeiten.

Der Vorsitzende Herr Keltek schlägt vor, dieses Thema auf die Tagesordnung einer zukünftigen Sitzung zu setzen, da es sich hier lediglich um eine Mitteilung handle.

IRM Frau Ecken stimmt diesem Vorschlag zu und spricht sich dafür aus, das Thema „Berufserfahrung hinsichtlich in Deutschland nicht existierender Berufe“ und den Umgang mit diesen Kompetenzen genauer in den Blick zu nehmen.

Frau Hovi ergänzt, dass die Anerkennung ausländischer Berufe häufig mit einer Teil-Anerkennung ende. Seltener seien die Ergebnisse „vollständige Anerkennung“ oder „keine Anerkennung“. Bei Teil-Anerkennungen könne sich eine Weiterbildung zur Nachqualifizierung anschließen. Sie sagt zu, das Thema in der nächsten Sitzung detailliert vorzustellen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.4 Darstellung der Sparten
hier: Popkultur
1242/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.5 BAMF zu Gast bei der VHS Köln
1643/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 Gewaltschutzkonzept für Kölner Flüchtlingsunterkünfte - AN/0728/2017
1707/2017**

Herr Prölß erkundigt sich nach der voraussichtlichen Dauer der Erstellung eines Gewaltschutzkonzeptes, welches bezogen auf die Bundesinitiative „Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt in Flüchtlingsunterkünften“ in Kürze erstellt werden soll. Er schlägt vor, bereits bestehende Konzepte (z. B. Handreichung der TH Köln) zu bündeln und diese an den zuständigen Träger weiterzuleiten, um die Erstellung des Konzepts zu beschleunigen.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau bedankt sich für diesen Vorschlag.

IRM Herr Litvinov erkundigt sich nach dem zeitlichen Gesamtrahmen und ob das Konzept in die Mindeststandards für Flüchtlinge integriert werde.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass der zeitliche Rahmen noch festgelegt werde. Um schnell Handlungsanweisungen zu erstellen, spricht er sich für ein Gewaltschutzkonzept als Teilkonzept aus. Zu einem späteren Zeitpunkt könne über die Zusammenführung der Konzepte entschieden werden.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.7 Umbenennung eines Teilstücks der Wiesdorfer Straße in Ali-Kurt-Weg -
Beschluss der BV Mülheim
1818/2017**

Der Vorsitzende Herr Keltek richtet den Dank der Familie gegenüber dem gesamten Integrationsrat aus.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.8 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation
1853/2017**

Dieser TOP wurde auf die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

5.9 KOMM-AN NRW

Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen und zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe – Sachstandsbericht 2017 1862/2017

RM Frau Schultes regt an, den Bürokratie-Aufwand des KOMM-AN-Programms zu reduzieren.

IRM Herr Edis möchte wissen, ob KOMM-AN auch in 2018 weitergeführt werde.

Die Verwaltung Frau Rehberg informiert, dass seitens der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren das Signal gebe, dass KOMM-AN möglicherweise fortgesetzt werde, jedoch keine weiteren Details hierzu bekannt seien.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.10 2. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 1869/2017

RM Frau Stahlhofen nimmt Bezug auf die im Bericht geschilderten Problematiken und regt an, zuallererst Grundbedürfnisse wie funktionierende Toilettenanlagen in den Unterkünften sicherzustellen.

Herr Prölß bittet um Umformulierung der Formulierung bzgl. der EU-Aufnahmerichtlinie dahingehend, dass die Richtlinie bislang nicht in nationales Recht umgesetzt wurde, sie aber dennoch unmittelbar gelte und die Betroffenen sich entsprechend darauf berufen könnten.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.11 15. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen 1893/2017

IRM Herr Litvinov nimmt Bezug auf die Seiten 9-10 des Berichts und erkundigt sich nach der Gruppe der Geduldeten.

Weiter fragt er nach weiteren statistischen Daten bzgl. der Asylbewerber*innen (z. B. altersbezogen, personenkreisbezogen, religionsbezogen), um die Ablehnungsquote von 30-50 % besser interpretieren zu können.

Darüber hinaus möchte er wissen, wie viele der abgelehnten Asylbewerber*innen bereits einen zweiten Antrag gestellt haben.

RM Herr Joisten spricht der Verwaltung zunächst ein Lob über die zügige Freizehung der Turnhallen aus.

Vor dem Hintergrund der perspektivischen Darstellung der Unterbringungszahlen aufgeschlüsselt nach Stadtbezirken bzw. -teilen bis Mitte 2018 weist er darauf hin, dass oberstes Ziel der Verwaltung sein müsse, dass der ungleiche Verteilung in den Stadtteilen entgegengewirkt werde, um das ehrenamtliche Engagement vor Ort nicht zu stark zu belasten.

RM Herr Pohl erkundigt sich, warum in der Tabelle der projektierten Unterkünfte zum Teil nur die Angabe „N.N.“ hinsichtlich der Belegung angegeben sei, z. B. in der dritten Zeile von oben (Stadtteil Neubrück).

Die Verwaltung Frau Adams teilt mit, dass an diesem Standort abgeschlossene Wohnungen errichtet würden, an dem überwiegend Familien einziehen werden.

RM Herr Erkelenz regt an, die Darstellung in der Presse dahingehend zu korrigieren, dass die Turnhallen seitens der Verwaltung früher als geplant freigeräumt worden seien und die nun eingetretenen Verzögerungen bei der Nutzung für den Sportunterricht darin begründet seien, dass noch eine Sanierung der Hallenböden erfolgen müsse.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass der Presse diese Informationen vorgelegen hätten. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass das Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Köln den 1. Preis einer deutschlandweiten Ausschreibung erhalten hat für ihre kommunale Berichterstattung im Bereich Flüchtlingsunterbringung.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

IRM Herr Özküçük berichtet aus dem Ausschuss Kunst und Kultur. Dort wurde angeregt, dass sich der Integrationsrat an der Verteilung der Mittel für interkulturelle Projekte künftig nicht mehr durch den Vorsitzenden Herrn Keltek beteiligen möge, sondern durch den AK Kunst und Kultur. Weiter solle ein Fachbeirat gegründet werden. Da eine Beteiligung durch den AK Kunst und Kultur nicht möglich ist, wirft er die Frage nach dem weiteren Vorgehen auf.

Die Mitglieder einigen sich nach Diskussion der Thematik darauf, diese in der nächsten Koordinierungsrunde in Vorbereitung auf die nächste Sitzung zu besprechen. IRM Herr Özküçük teilt mit, dass er als Vertreter im Ausschuss Kunst und Kultur die bisherige Aufgabe von Herrn Keltek gerne übernehmen möchte.

IRM Frau Maleki berichtet aus dem Ausschuss Soziales und Senioren. Dort lag eine Mitteilung zum Thema Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt vor. Sie habe in der Sitzung betont, dass auch diejenigen Frauen mit Berufserfahrung ohne formale Berufsabschlüsse wertzuschätzen seien und ihre Kompetenzen genutzt werden müssten.

Weiterhin wurde eine Beantwortung einer mdl. Anfrage aus einer früheren Sitzung von Herrn Detjen hinsichtlich der Verteilung der Mittel zur Förderung der Interkulturellen Zentren vorgelegt, die in der kommenden Sitzung beraten werden soll. Frau Maleki wird anregen, dass diese auch dem Integrationsrat vorgelegt wird.

Frau Hovi kündigt an, auch zum Thema Frauen mit Berufserfahrung ohne formale Berufsabschlüsse in der nächsten Sitzung kurz Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende Herr Keltek bedankt sich für die Berichte aus den Ratsausschüssen.

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Es liegen keine Berichte vor.

8 Beschlussvorlagen

8.1 Jugendhilfeangebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer-Flüchtlingsfamilien im Haushaltsjahr 2017 0233/2017

RM Herr Joisten äußert seine Verwunderung über die gleichmäßige Verteilung der Mittel über die Stadtbezirke und regt an, bei künftigen Verteilungen die individuellen Bedarfe der Stadtbezirke zu berücksichtigen und hierbei Integration als Ganzes zu betrachten und nicht auf Flüchtlingsfamilien zu begrenzen.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließt, Zuschussmittel in Höhe von insgesamt 825.000,00 Euro gemäß der Anlage 1 an die Träger zu verteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete - Genehmigung und Baubeschluss 0567/2017

RM Frau Hoyer und RM Herr Joisten erkundigen sich, ob dies der letzte Baubeschluss ist, der nachträglich vorgelegt wird.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau informiert darüber, dass in der Fachabteilung inzwischen eine Stelle eingerichtet wurde, die entsprechende Abläufe im Blick behalte und entschuldigt sich nochmals für das seinerzeit gewählte Vorgehen, welches hohem Unterbringungsdruck geschuldet gewesen sei.

Die Verwaltung Frau Adams teilt mit, dass aktuell keine nachträglichen Baubeschlüsse mehr zu erwarten seien.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat genehmigt die zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung erfolgte Errichtung einer Unterkunft
 - a) mit 60 Unterbringungsplätzen in Form gemieteter mobiler Wohneinheiten zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Westerwaldstraße 100 / Volpertusstraße, 51105 Köln, Gemarkung Poll, Flur 38, Flurstücke 806, 1266, 1272.**
 - b) mit 480 Unterbringungsplätzen in Form gemieteter Leichtbauhallen zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Butzweilerhof-Allee / Anna-Lindh-Straße, 50829 Köln, Gemarkung Longe- rich, Flur 8, Flurstück 1585.**

- c) mit 240 Unterbringungsplätzen in Form mobiler Wohneinheiten zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Wilhelm-Schreiber-Straße, 50827 Köln, Gemarkung Müngersdorf, Flur 80, Flurstück 732, (jetziger Sportplatz)**, und beschließt die weitere Umsetzung der Maßnahme.
2. Die Finanzierung der Maßnahmen unter Ziffer 1 wird durch den Rat genehmigt: Im **Haushaltsjahr 2016** wurden investive Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen (Finanzstelle 5620-1004-4-5182, Wilhelm-Schreiber-Straße) in Höhe von 300.000,00 € in Anspruch genommen. Die Mittel wurden innerhalb des Teilfinanzplanes 1004 im Rahmen einer Sollumbuchung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime, bereitgestellt.
Für die erforderlichen zahlungswirksamen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von insgesamt 1.357.570,06 € waren im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeilen 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Mittel in Höhe von 763.604,74 € und Teilplanzeile 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen, Mittel in Höhe von 593.965,32 € veranschlagt.
3. Der Rat beschließt für das **Haushaltsjahr 2017** die Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen für die unter Ziffer 1 genannten Maßnahmen in Höhe von insgesamt 7.048.062,63 € im Rahmen einer Sollumbuchung innerhalb des Teilfinanzplanes 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen (zu Lasten der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime) für die bauliche Herrichtung und Umsetzung der Maßnahmen.
Für die notwendige Erstausrüstung sind im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 276.998,42 € vorgesehen.
Für die mit der Errichtung und dem laufenden Betrieb der unter Ziffer 1 benannten Einrichtungen verbundenen Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, entsprechende Ermächtigungen eingeplant: Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von insgesamt 12.989.310,05 €, Teilplanzeile 14 – Aufwendungen für Abschreibungen in Höhe von insgesamt 439.811,36 € sowie Teilplanzeile 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.344.775,49 €. Der Mittelbedarf für die Folgejahre verteilt sich gemäß den Anlagen Finanzübersicht und ist bei der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.3 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln" Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum "Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße" 1534/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Vorlage wurde versehentlich falsch zugeordnet und in der Sitzung als TOP 5.12 behandelt.

8.4 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017 0544/2017/1

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass die Vorlage verwaltungsseitig wie folgt abgeändert wird:

Auf Seite 2, 3. Absatz (c) lautet die alte Formulierung:

„Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der Ehrenamtler durch Finanzierung einer halben Stelle bei freien Trägern und KABE-Mitgliedern, in Summe $9 \times 0,5 = 4,5$ Stellen.“

Diese wird wie folgt abgeändert:

„Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der Ehrenamtler durch Finanzierung einer halben Stelle bei freien Trägern, KABE-Mitgliedern, **dem Forum für Willkommenskultur und der ehrenamtlichen muslimischen Flüchtlingshilfe**, in Summe $9 \times 0,5 = 4,5$ Stellen.“

Auf Seite 7 soll der mittlere Absatz (Absatz 6) gestrichen werden:

„Die Verwaltung ermittelt die Bedarfe ehrenamtlicher muslimischer Flüchtlingshilfe und wird sich dafür einsetzen, diese verstärkt in die Netzwerke der Flüchtlingshilfe einzubinden. Der Sozialausschuss und der Integrationsrat werden über die Ergebnisse in einer separaten Mitteilung unterrichtet werden.“

IRM Herr Edis begrüßt die Abänderung der Vorlage ausdrücklich und kündigt an, dieser zustimmen zu wollen.

RM Frau Stahlhofen regt an, aufgrund der Abänderungen die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien weiterzugeben.

Nach einer Diskussion über diese Vorgehensweise lässt der Vorsitzende Herr Keltek über den Vorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Umsetzung des verbesserten Betreuungsschlüssels auf 1:60 für folgende Objekte zur Kenntnis:
 - alle errichteten Leichtbauhallen sowie
 - alle Standorte, die mit sogenannten „Kojen“ und einer Gemeinschaftsverpflegung ausgestattet sind,

namentlich die Standorte Luzerner Weg, Hardtgenbuscher Kirchweg und Butzweiler Hof als Leichtbauhallenstandorte und die Standorte Friedrich-Naumann-Straße, Matthias-Brüggen-Straße, Robert-Perthel-Straße und Ostlandstraße als Unterkünfte mit Kojen und Gemeinschaftsverpflegung.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, an diesen Standorten die Betreuung bis zur Beendigung der Belegung auf mindestens 1:60 festzusetzen, darüber hinaus jedoch an allen weiteren Standorten an dem Betreuungsschlüssel 1:80 festzuhalten.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 640.000 €.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung folgender Maßnahmenpakete zur Stärkung des Ehrenamtes:

- a. Stärkung der Koordination des Ehrenamtes durch Finanzierung jeweils einer halben Stelle in folgenden Einrichtungen:
Hardtgenbuscher Kirchweg, Luzerner Weg, Butzweiler Hof, Herkulesstraße und Ringstraße; in Summe $5 \times 0,5 = 2,5$ Stellen

Stärkung der Koordination des Ehrenamtes durch Finanzierung jeweils einer viertel Stelle in folgenden Einrichtungen:

Mathias-Brüggen-Straße, An den Gelenkbogenhallen, zusammengefasste Standorte Hermann-Heinrich-Gossen-Straße und Max-Planck-Straße, Friedrich-Naumann-Straße, Eyselshovener Straße und Wilhelm-Schreiber-Straße, in Summe $6 \times 0,25 = 1,5$ Stellen.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 297.600 €.

- b. Stärkung zur Unterstützung des Ehrenamtes in jedem Bürgeramt durch Zusetzung jeweils einer 0,5 Stelle in der Bewertung Stadtoberinspektor BGr. A 10 Lg 2 LBesG NRW bzw. Verwaltungsbeschäftigte/r EG 9 c TVöD, in Summe $9 \times 0,5$ Stellen = 4,5 Stellen. Die entsprechenden Stellen werden zum Stellenplan 2018 eingerichtet. Um die sofortige Besetzung der Stellen sicherzustellen, werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 361.600 €.

- c. Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der Ehrenamtler durch Finanzierung einer halben Stelle bei freien Trägern, KABE-Mitgliedern, **dem Forum für Willkommenskultur und der ehrenamtlichen muslimischen Flüchtlingshilfe**, in Summe $9 \times 0,5 = 4,5$ Stellen.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 334.800 €.

- d. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Ergebnisse der Umsetzung der neuen Ehrenamtsstruktur dem Sozialausschuss und dem Integrationsrat darzustellen.

- e. Ausbau und Pflege des digitalen Informationsportals von Wiku.
Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 11.300 €.

- f. Bereitstellung abrufbarer Zuschüsse zur administrativen Unterstützung von Willkommensinitiativen im Umfang von 10 Wochenstunden pro Initiative im Rahmen geringfügiger Beschäftigung.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 57.100 €.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Optimierung der medizinischen Versorgung, insbesondere in den Notunterkünften und richtet hierfür eine Koordinierungsstelle für alle bisher in den Notunterkünften beschäftigten, medizinischen Fachkräfte ein. Darüber hinaus werden zwei weitere Stellen Gesundheits- und Krankenpflegekräfte zugesetzt, die auch über die Notunterkünfte hinaus bei besonderem Bedarf (akuten Erkrankungen, Impfkationen) in Regelwohnheimen und Beherbergungsbetrieben eingesetzt werden. Die Anbindung der 3 Vollzeitstellen erfolgt vorerst befristet für 2 Jahre beim Deutschen Roten Kreuz.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 159.000 €.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Evaluierung der getroffenen Maßnahmen in der zweiten Jahreshälfte 2018. Das Ergebnis ist den in dieser Vorlage beteiligten Fachausschüssen mitzuteilen.

5. Die jährlichen Mehraufwendungen, die sich aus dem Maßnahmenbündel zu den Ziffern 1-3 ergeben, betragen 1.861.400 €.

Der Rat beschließt zur Finanzierung der unabweisbaren Mehrbedarfe, die sich durch die Umsetzung des Beschlusspunktes 1 für das gesamte Jahr 2017 sowie der Beschlusspunkte 2-3 für die Zeit vom 01.08.2017 bis 31.12.2017 ergeben, im Haushaltsjahr 2017 überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0111, Sonstige innere Verwaltung, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen in Höhe von 150.700 € und im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 998.300 €.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in entsprechender Höhe im Teilplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 6, Kostenerstattungen und Kostenumlagen.

Auf der Seite 7 der Vorlage (innerhalb der Begründung) wird der 6. Absatz beginnend mit „Die Verwaltung ermittelt die Bedarfe“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Zunächst wurde darüber abgestimmt, ob die Vorlage auf Antrag von Frau Stahlhofen (LINKE) ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen werden soll.

Dies wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Frau Stahlhofen (LINKE), Frau Maleki (LiL), Frau Ecken (LiL) und Herrn Toure (LiL) abgelehnt. Enthaltungen gab es keine.

Sodann wurde über die geänderte Vorlage abgestimmt.

Es wurde einstimmig zugestimmt. Frau Stahlhofen (LINKE) hat nicht an der Abstimmung teilgenommen und für die Dauer der Abstimmung den Saal verlassen.

8.5 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 1766/2017

RM Herr Erkelenz erkundigt sich, ob die auf Seite 3 der Vorlage genannte Betrag zur Fördersumme Nr. 1 nicht 9.000 € statt 4.850 € betragen muss.

Die Verwaltung Frau Rehberg bestätigt, dass es sich bei der genannten Summe von 4.850 € um einen Schreibfehler handelt und es richtigerweise 9.000 € heißen muss. In der Anlage 1 wurden die Beträge korrekt benannt.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt sodann über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2017 Mittel für Antirassismus-Training 2017 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ gemäß Ratsbeschluss vom 20.12.2016 (Vorlage 3686/2016) in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training zu verwenden, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

In seinen Sitzungen am 04.04.2017 und am 18.05.2017 hat der Rat beschlossen, aus diesen Mitteln insgesamt 17.765 € an vier Projektträger zu vergeben.

Der Rat beschließt, aus den verbliebenen Mitteln in Höhe von 32.235 € in einem dritten Schritt Mittel in Höhe von 16.960 € an Träger von drei weiteren Projekten gemäß Anlage 1 zu vergeben.

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 15.275 € € werden in weiteren Schritten vergeben.

In der Begründung wurde auf Seite 3, 1. Absatz, die Fördersumme des Projektes Nr. 1 korrigiert. Sie lautet richtig: 9.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM Herr Litvinov regt an, bei der künftigen Sitzungsplanung den Ausschuss Soziales und Senioren vor den Integrationsrat zu legen, da der Integrationsrat häufig keine Gelegenheit habe, bzgl. Vorlagen, über die im Ausschuss Soziales und Senioren beraten werde, ein Votum abzugeben.

RM Frau Heuser bittet um Beantwortung ihrer mdl. Anfrage bzgl. der Weiterfinanzierung der Projekte „Rucksack - Mülheim 2020“ sowie „Kölner Ehrenamtspaten – außerschulische Betreuung von Flüchtlingskindern“ vor Beginn der Haushaltsplanberatungen bzw. der nächsten Ratssitzung. Die Beantwortung möge anschließend auch im Integrationsrat vorgelegt werden.

Die Verwaltung Frau Rehberg erläutert hinsichtlich des Projektes „Rucksack – Mülheim 2020“, dass es für die Gruppe Mülheim 2020 eine Zwischenfinanzierung geben werde ab August bis Ende Juli 2018. Eine entsprechende Vorlage werde in den Ausschuss Soziales und Senioren eingebracht. Für den Integrationsrat habe diese leider nicht rechtzeitig genug fertig gestellt werden können. Grundsätzlich solle das Projekt über das Integrierte Handlungskonzept weiterlaufen. Hinsichtlich des Projektes „Kölner Ehrenamtspaten“ werde sie die Anfrage an das zuständige Dezernat IV weitergeleitet.

Der Vorsitzende Herr Keltek regt an, in der nächsten Sitzung die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD) vorstellen zu lassen, um dem Rat Anregungen zur Umsetzung geben zu können. Der Vorschlag wird von den Mitgliedern des Integrationsrates angenommen.

Der Vorsitzende Herr Keltek schließt dankt den Anwesenden für ihr Kommen und schließt die Sitzung.